

Niederschrift
über die Sitzung des Kreistages des Landkreises Marburg-Biedenkopf
am 17.06.2011, 09:00 Uhr, in Marburg, Stadtteil Cappel
- 2. Sitzung nach der Kreiswahl vom 27.03.2011 -

Anwesend:

SPD:

Harald Althaus, Manfred Apell, Sören Bartol, Ruth Beusing, Joachim Ciliox, Inge Dörr, Klaus-Dieter Engel, Klaus Hesse, Philipp Hesse, Werner Hesse, Bernd Klingelhöfer, Brigitte Klingelhöfer, Angelika Löber, Elisabeth Newton, Heidrun Opländer, Roland Petri, Michael Richter-Plettenberg, Detlef Ruffert, Katharina Schmidt, Andreas Schulz, Norbert Schüren, Dr. Thomas Spies, Karin Szeder, Joachim Thiemig, Kurt Vogt, Sigrid Waldheim, Klaus Weber, Monika Weigel, Sascha Weisbrod, Eva Wenckebach,

CDU:

Ingrid Balzer, Karl-Hermann Bolldorf, Elisabeth Dörr, Volker Drotbier, Frank Gotthardt, Thomas Groll, Stefan Heck, Heinrich Herbener, Manfred Hoim, Stephan Klenner, Klaus-Dieter Knierim, Karl Krantz, Rosemarie Lecher, Karin Lölkes, Juliane Metzger, Tobias Meyer, Oliver Pohland, Markus Schäfer, Dr. Thomas Schäfer, Alexander Steiß, Heinrich Trümner, Manfred Vollmer, Dr. Christean Wagner, Johannes Wagner, Werner Waßmuth, Helmut Wege, Christian Weigel,

GRÜNE:

Martin Bergmann, Ina Nadine Bernhausen, Ute Hoppe, Margrit Kahler-Görg, Sandra Laaz, Sabine Matzen, Michael Meinel, Reiner Nau, Heinrich Palz-Gerling, Sabine Schlegel, Tomas Schneider, Katharina Schulze, Prof. Dr. Angela Doris Thränhardt,

DIE LINKE:

Dr. Ingeborg Cernaj, Bernd Hannemann, Anna Hofmann, Adnan Yildirim,

FW:

Horst Bätz, Jürgen Reitz, Bernd Schmidt,

FDP:

Angelika Aschenbrenner, Jörg Behlen,

REP:

Manfred Thierau,

PIRATEN:

Jens Fricke,

Kreisausschuss:

Landrat Robert Fischbach

Erster Kreisbeigeordneter Dr. Karsten McGovern

die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten

Wilfried Carle, Armin Becker, Heinz Wilhelm Wasmuth, Wolfgang Schicha

Es fehlten:

Kreisausschuss: Hans-Joachim Zeller

Schriftführer: Amtsrat Andreas Stellner

Der Kreistagsvorsitzende Detlef Ruffert eröffnet die Sitzung des Kreistages um 09:03 Uhr und begrüßt die Damen und Herren Abgeordneten, die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter/innen der Presse, die Zuhörer/innen, sowie die anwesenden Damen und Herren aus der Verwaltung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert der Kreistagsvorsitzenden in einer kurzen Rede an die Bedeutung des nationalen Gedenktages 17. Juni.

Im Anschluss daran wird vom Kreistagsvorsitzenden die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit festgestellt. Gegen diese Feststellungen werden keine Einwände vorgetragen. Der Kreistag ist beschlussfähig. Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 20.05.2011 wurde allen Abgeordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugesandt. Aus dem Kreistag wer-

den auf die ausdrückliche Frage des Vorsitzenden gegen diese Niederschrift keine Einwände erhoben. Somit gilt die Niederschrift in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

Der Vorsitzende weist ausdrücklich darauf hin, dass gemäß § 14 Abs. 7 der Geschäftsordnung jede/jeder Kreistagsabgeordnete/r berechtigt ist, Fragen aus aktuellem Anlass an den Kreisausschuss zu richten. Diese Fragen sind zu Beginn der Sitzung bei dem Kreistagsvorsitzenden schriftlich einzureichen und werden vor Aufruf des Tagesordnungspunktes "Verschiedenes", in jedem Fall aber vor Ende der Sitzung, vom Kreisausschuss beantwortet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass eine Frage des Abg. Werner Hesse (SPD) aus aktuellem Anlass eingereicht wurde.

Der Kreistagsvorsitzende bittet alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben. Er gedenkt der am 03.06.2011 verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten und Kreisbeigeordneten Elisabeth Jung aus Rauschenberg.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist ihr zu Dank verpflichtet.

Es folgt eine Minute stillen Gedenkens.

Herr Ruffert beglückwünscht den Abg. Tobias Meyer zur Geburt seines Kindes.

Der Vorsitzende berichtet über die Sitzung des Ältestenrates am 31.05.2011, in der auch über den Ablauf der heutigen Sitzung beraten wurde. Die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten gegebenen Empfehlungen des Ältestenrates werden jeweils bei Aufruf des Tagesordnungspunktes bekannt gegeben.

Auf den Plätzen der Abgeordneten sind folgende Unterlagen ausgelegt, auf die der Kreistagsvorsitzende besonders hinweist:

1. Zusammenstellung der eingegangenen Fragen für die heutige Fragestunde
2. Zusammenstellung der vorliegenden Ausschussbeschlüsse zu den Tagesordnungspunkten der Kreistagssitzung vom heutigen Tage
3. Wahlvorschlagslisten der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, der SPD Fraktion, der Fraktion DIE LINKE sowie der FDP-Fraktion zu TOP 4
4. Wahlvorschlagslisten der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und der SPD-Fraktion zu den TOP 5-9
5. Gemeinsame Vorschlagsliste der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD-Fraktion und der FDP Fraktion zu TOP 10
6. Gemeinsamer Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und der SPD zu TOP 11
7. Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER zu TOP 12
8. Änderungsantrag der Piratenpartei zu TOP 13
9. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Hilfe und Unterstützung für Arbeitslose verbessern“.

Herr Ruffert stellt fest, dass ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde nicht eingegangen ist, so dass TOP 2 entfällt.

Der Kreistagsvorsitzende macht weiterhin darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag betreffend „Hilfe und Unterstützung für Arbeitslose verbessern“ eingereicht hat. Eine mündliche Antragsbegründung erfolgt durch den Abg. Dr. Spies (SPD).

Der Dringlichkeit wird von den Abg. Waßmuth, (CDU) widersprochen

Nach der Abstimmung auf Erweiterung der Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass die erforderliche 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Abgeordnetenzahl nicht erreicht ist und der Dringlichkeitsantrag somit nicht in die Tagesordnung aufgenommen wird. Der Antrag wird Beratungsgegenstand der nächsten Sitzung des Kreistages am 23.09.2011 sein.

Der Abg. Waßmuth (CDU) beantragt die Absetzung des TOP 13 und Verweisung zur Beratung in den Ältestenrat.

Die Abg. Hofmann (DIE LINKE) spricht dagegen.

Daraufhin lässt der Kreistagsvorsitzende über den Antrag abstimmen.

Bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und Enthaltung des Abgeordneten der REPUBLIKANER wird dem Antrag mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen zugestimmt.

Hinsichtlich der zu TOP 4-10 durchzuführenden Wahlen schlägt der Kreistagsvorsitzende folgende Vorgehensweise vor:

1. Schriftlich und geheime Wahlen zu den TOP 4-7 einschließlich Wahl der Stellvertreter.
2. Schriftlich und geheime Wahlen zu TOP 8 und 9.
3. Offene Abstimmung über die gemeinsame Vorschlagsliste zu TOP 10

Hiergegen erhebt sich aus dem Kreistag kein Widerspruch.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

TOP 1: Fragestunde

1. Frage des Abg. Dieter Engel, SPD, vom 03.05.2011

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf gibt es über 5500 Anspruchsberechtigte für Leistungen für Bildung und Teilhabe (sog. „Bildungspaket“). Wie viele Anträge wurden seither gestellt, wie viele bewilligt und wie hoch war der aufzuwendende Gesamtbetrag?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Es wurden mit Stand zum 31.05.2011 bisher 738 Anträge (mit Mehrfachleistungen) auf Bildung und Teilhabe in den verschiedenen Rechtskreisen gestellt. Bisher wurden 790 Leistungen mit einem Gesamtbetrag von 61.592 Euro bewilligt.

A.: B I (Reg.-Nr. 1/4)

2. Frage des Abg. Philipp Hesse, SPD, vom 04.05.2011

Welchen Hintergrund hat es, dass die offen werdende Hausmeisterstelle an der AWS-Kirchhain erst nach einem halben Jahr Leerlauf neu besetzt werden soll und von wem sollen die anfallenden Arbeiten in diesem Zeitraum verrichtet werden?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Aus der Fortschreibung des vom Kreistag beschlossenen Haushaltssicherungskonzepts zum Haushalt 2011 ergibt sich die Verpflichtung, dass ab 2011 eine 6-monatige Stellen-Wiederbesetzungssperre eingehalten wird – dies ist der Hintergrund für eine Nachbesetzung erst nach einem halben Jahr.

Die anfallenden Arbeiten müssen vom vorhandenen Personal erledigt werden. Punktuell kann eine externe Beauftragung für Grünflächenpflege oder Außenflächenreinigung für Entlastung sorgen.

A.: B I (Reg.-Nr. 2/2)

3. Frage der Abg. Katharina Schmidt, SPD, vom 04.05.2011

Ist es üblich, dass bei kreiseigenen Baustellen (wie an der AWS Kirchhain zumindest in großem Umfang geschehen), ausliegendes Pflaster bei Erdarbeiten abgebaggert und samt Aushub entsorgt wird? Wenn ja welche finanziellen Kosten entstehen in Folge dessen?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

An der Baustelle der AWS Kirchhain wurde das im Baufeld vorhandene Betonstein-Pflaster aufgenommen und zum Großteil für den Wiedereinbau auf dem Gelände gelagert. Eine geringe nicht benötigte Menge wurde abgebrochen und entsorgt.

Entscheidend für Ausbau, Lagerung und Wiedereinbau bzw. Abbruch und Entsorgung von Pflasterflächen ist im Einzelfall die Betrachtung einer wirtschaftlichen Wiederverwendung unter Berücksichtigung von Art und Qualität des Materials.

In der Regel ist bei Standardpflastermaterial - bedingt durch Mehrkosten beim Ausbau sowie zusätzliche Lohnkosten für die Lagerung (palettieren) und Reinigung - der Ausbau und die Entsorgung die wirtschaftlichere Lösung.

A.: B I (Reg.-Nr. 3/2)

4. Frage der Abg. Katharina Schmidt, SPD, vom 04.05.2011

Ist es richtig, dass sich an der AWS Kirchhain erst während der Erdarbeiten für den Neubau eines Gebäudes herausgestellt hat, dass der Boden das geplante Gebäude nicht tragen kann? Wenn ja, welche Konsequenzen hat dies für die Firma die zuvor die Bodenuntersuchung für die Gebäudeplanung durchgeführt hat?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Nein, dies ist nicht richtig!

Die Gründung des Erweiterungsgebäudes an der AWS wurde auf der Grundlage des Geotechnischen Untersuchungsberichtes vom 22.12.2009 und eines Ergänzungsberichtes vom 25.02.2010 geplant und ausgeführt.

Die Ausführung der Gründung ist nach den im Bodengutachten festgestellten Baugrund- und Grundwasserverhältnissen und der gegebenen Gründungsempfehlung erfolgt.

Im Zuge der Bauausführung wurden die festgestellten Baugrundverhältnisse vorgefunden. Zusätzliche Maßnahmen gegenüber dem geplanten und beauftragten Umfang waren nicht erforderlich.

A.:B I (Reg.-Nr. 4/2)

5. Frage des Abg. Philipp Hesse, SPD, vom 07.06.2011

Ist dem Kreisausschuss bekannt, wann der Bund oder die Deutsche Bahn den Bahn-Übergang auf der B62 bei Kirchhain erneuern werden und wann die damit verbundene Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 30km/h wieder aufgehoben wird?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

An dem Bahnübergang im Zuge der B 62 müssen durch die DB Netz AG „Strailplatten“ (Hartgummiplatten), die locker sind, ausgewechselt werden.

Nach Auskunft des ASV Marburg findet in der kommenden Woche ein Ortstermin statt, bei dem die weitere Vorgehensweise festgelegt werden soll. Die Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h muss aus Gründen der Verkehrssicherheit bis zum Abschluss der Arbeiten bestehen bleiben.

A.: LR (Reg.-Nr. 5/6.2)

6. Frage des Abg. Dieter Engel, SPD, vom 07.06.2011

Am 12.01.2011 beschloss der Kreisausschuss dem „Pendlerportal Hessen“ beizutreten. Laut Pressemitteilung des Kreisausschusses vom 29.03.2011 ist das Pendlerportal seit 01.04.2011 online.

Wie viele Anmeldungen beim Pendlerportal aus dem Landkreis sind seither eingegangen und wie viele Mitfahrten wurden vermittelt?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind nur ausgewählte Statistikwerte verfügbar. Im Monat April erfolgten 1.828 Seitenaufrufe. Die tatsächliche Nutzung erfolgte von 578 Nutzern (Aufrufe der Suchmaske) mit insgesamt 178 qualifizierten Suchanfragen. Eine qualifizierte Suchanfrage wurde dann gewertet, wenn im Anschluss an eine vollständig durchgeführte Suchanfrage passende Mitfahrangebote angezeigt wurden. Hierbei ist es auch möglich, dass statt einer Mitfahrervermittlung eine ÖPNV-Verbindung ausgewiesen wurde.

Im Monat Mai erfolgten 1.892 Seitenaufrufe. Die tatsächliche Nutzung erfolgte von 551 Nutzern mit insgesamt 93 qualifizierten Suchanfragen.

A.: B I (Reg.-Nr. 6/7.2)

7. Frage des Abg. Reiner Nau, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vom 08.06.2011

Weiterbau der Autobahn A49

Der Kreistag sowie mehrere Kommunen haben sich dafür ausgesprochen, dass vor einem Weiterbau der A49 über Neuental hinaus zunächst Baurecht und Finanzierung für den gesamten Abschnitt (VKE 20, 30 und 40) gesichert sein sollen. Die Planfeststellungsverfahren für VKE 30 und 40 sind noch nicht abgeschlossen und die Finanzierung ist für alle drei Abschnitte nicht (VKE 30 u. 40) bzw. nicht vollständig (VKE 20) gesichert. Gleichwohl wurde mit ersten Bauarbeiten begonnen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Kreisausschuss um Beantwortung nachstehender Frage:

Wird der Kreisausschuss vor dem Hintergrund seiner Beschlusslage den zuständigen Stellen mitteilen, dass der vorzeitige (weil baurechtlich und finanziell nicht durchgängig gesicherte) Weiterbau den politischen Vorstellungen des Landkreises zu wider läuft oder wurde dieser Sachverhalt bereits mitgeteilt?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Der diesbezügliche Beschluss des Kreistages vom 26.03.2010 beinhaltet keinen Handlungsauftrag für den Kreisausschuss. In Anbetracht der inzwischen an anderer Stelle getroffenen Entscheidungen sieht sich der Kreisausschuss zu keinen weiteren Maßnahmen aufgefordert.

A.: LR (Reg.-Nr. 7/6.2)

8. Frage der Abg. Sandra Laaz, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vom 08.06.2011

In Fronhausen-Bellnhausen ist der Bau einer Hähnchenmastanlage mit knapp 40.000 Tieren geplant. Wie bewertet der Kreisausschuss die Planungen einer solchen Massentierhaltung und welche Einflussmöglichkeiten hat er auf dieses Projekt?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Bei der beantragten Hähnchenmastanlage in Bellnhausen handelt es sich um eine Standardgrößenordnung, wie sie heute in der Hähnchenmast üblich ist.

Die Genehmigung nach dem BlmSchG erfolgt nach den rechtlichen und fachlichen Vorgaben durch das Regierungspräsidium Gießen. Der Landkreis wird als Träger öffentlicher Belange im Genehmigungsverfahren beteiligt.

A.: LR (Reg.-Nr. 8/0)

9. Frage des Abg. Jens Fricke, Piraten Partei Deutschland, vom 09.06.2011

Handelt es sich bei dem auf der Internetseite der Gemeinde Lahntal veröffentlichten „Gesellschaftsvertrag zur Gründung der Breitband Marburg-Biedenkopf GbR“ (Stand: 02.02.2011, 15.00 Uhr) um die derzeit gültige Version dieses Vertrages?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Ja, mit der Ergänzung, dass die Gemeinde Cölbe der Breitband Marburg-Biedenkopf GbR noch beitreten wird und die Stadt Kirchhain (zunächst nicht vorgesehen) inzwischen der Breitband Marburg-Biedenkopf GbR beigetreten ist.

A.: LR (Reg.-Nr. 9/7.2)

10. Frage des Abg. Jens Fricke, Piraten Partei Deutschland, vom 09.06.2011

Bis wann beabsichtigt der Kreisausschuss die Veröffentlichung des Gesellschaftsvertrages zur Gründung der Breitband Marburg-Biedenkopf GbR und gegebenenfalls zugehöriger Dokumente auf der Internetseite des Landkreises Marburg-Biedenkopf?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Der Gesellschaftsvertrag befindet sich auf der Landkreisseite unter der Rubrik Wirtschaftsförderung.

A.: LR (Reg.-Nr. 10/7.2)

11. Frage des Abg. Werner Hesse, SPD, vom 09.06.2011

Wie hoch ist der Anteil der Fahrzeuge im Linienverkehr im ÖPNV im Landkreis, die nicht niederflurig sind, wie will der Kreis sicherstellen, dass alle Fahrzeuge sukzessive barrierefrei werden, und binnen welchen Zeitraums ist damit zu rechnen, dass im Linienverkehr keine hochbordigen Fahrzeuge mehr eingesetzt werden?

12. Frage des Abg. Werner Hesse, SPD, vom 09.06.2011

Welche Anforderungen an die Barrierefreiheit der Fahrzeuge wurden und werden bei den Ausschreibungen der Linienbündel im Landkreis gestellt, inwieweit wurden und werden sie erfüllt, wie wird die Erfüllung überprüft und welche vertraglichen Sanktionierungen sind vorgesehen, wenn die Anforderungen an die Barrierefreiheit in der Praxis (ganz oder teilweise) nicht erfüllt werden?

Die Fragen 11 und 12 werden von Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Dr. McGovern beantwortet:

Da es sich bei den Anfragen Nr. 11 und 12 um zusammenhängende Sachverhalte handelt, werden die Anfragen zusammenfassend wie folgt beantwortet:

Die Ausführung der Linienverkehre im Landkreis Marburg-Biedenkopf durch die beauftragten Busunternehmen erfolgt entsprechend den Vorgaben der Leistungsbeschreibung zu den Ausschreibungsunterlagen und den Festlegungen im Verkehrsvertrag.

Eingesetzt werden Regelfahrzeuge, Verstärkerfahrzeuge und Ersatzfahrzeuge. Bei allen Regelfahrzeugen handelt es sich um Standard-Niederflur-Linienbusse. Diese Fahrzeuge werden mit der entsprechenden Niederflurtechnik bei allen Fahrten im allgemeinen Linienverkehr eingesetzt.

Verstärkerfahrzeuge dienen als Solo-, Gelenk- und 15-m-Fahrzeuge für die Beförderung von Schülerrinnen und Schülern. Hierbei handelt es sich um Standard-Überlandbusse, die gegenüber Niederflurfahrzeugen größere Sitzplatzkapazitäten und weniger Stehplätze haben.

Ersatzfahrzeuge werden in Ausnahmefällen beim Ausfall von Regelfahrzeugen eingesetzt und müssen dem Standard der Verstärkerfahrzeuge entsprechen.

Reisebusse als Hochbordfahrzeuge werden im Linienverkehr nicht eingesetzt.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf wurden zum 01.01.2011 im lokalen Linienverkehr täglich 122 Fahrzeuge eingesetzt; hiervon handelt es sich um 43 Fahrzeuge mit Niederflurtechnik (35%) und 79 Standard-Überland-Linienbusse (65%).

Der vollständige Einsatz von Niederflurfahrzeugen ist in Abstimmung mit dem RMV und den Verkehrsunternehmen weder organisatorisch noch wirtschaftlich für alle Beteiligten sinnvoll. Es ist daher auch nicht beabsichtigt, die gesamte Fahrzeugflotte künftig ausschließlich mit Niederflurtechnik zu fahren.

Die Anforderungen an die Barrierefreiheit der Fahrzeuge sind in der Anlage 2, Ziff. 6 zur Leistungsbeschreibung festgelegt.

So müssen Niederflurfahrzeuge u. a. für eine Absenkvorrichtung als elektronisch-pneumatisches System zur Fahrzeugabsenkung, über eine Rampe für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste und/oder Kinderwagen sowie über Rufteinrichtungen für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste außen bei der Tür sowie im Wageninneren im Bereich der Sondernutzungsfläche verfügen.

Der Auftragnehmer meldet dem Auftraggeber spätestens 14 Tage vor der Betriebsaufnahme verbindlich die für den Einsatz vorgesehenen Fahrzeuge mit ihrem Kennzeichen und ihrer Ausstattung. Veränderungen im Fahrzeugbestand sind vor Einsatz des jeweiligen Fahrzeuges zu melden.

Vor Betriebsaufnahme besteht für den Auftraggeber die Möglichkeit alle für den Einsatz vorgesehenen Fahrzeuge an max. zwei Werktagen zu überprüfen und eine Probefahrt durchzuführen.

Diese Möglichkeit wurde bei den Betriebsaufnahmen der vergangenen Jahre stichprobenweise in Anspruch genommen.

Weitere Kontrollen erfolgen von der Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH, RMS, gemäß einer Qualitätssicherungsvereinbarung.

Bei Nichteinhaltung der Vorgaben sind Vertragsstrafen in Höhe von 50,- Euro pro Tag und Fahrzeug festgelegt. Bei dauerhafter Nichteinhaltung (bei mehr als 30 Einsatztagen) kann dies zur vorzeitigen Kündigung des Vertrages führen. Darüber hinaus erfolgt eine Minderung des Grundanspruches.

A.: B I (Reg.-Nr. 11/7.2)

A.: B I (Reg.-Nr. 11/7.2)

13. Frage der Abg. Eva Wenckebach, SPD, vom 09.06.2011

Im Rahmen des Bildungspaketes für Hartz IV-Empfänger sind in der Presse Berichte zu lesen gewesen, nach denen von Sozialgericht Frankfurt eine Kostenübernahme für Nachhilfe abgelehnt wurde, weil die Noten des Schülers sich nicht verbessert, sondern verschlechtert hätten. Auch die gesetzlichen Grundlagen für eine Erstattung seien unbestimmt.

Ich frage den Kreisausschuss: Wie sieht die Handhabe des KJC in solchen Fällen aus und ist eine Erstattung erfolgsabhängig?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Die Kostenübernahme für angemessenen außerschulischen Lernförderbedarf eines leistungsberechtigten Schülers/-in erfolgt als Direktzahlung an den Anbieter und ist bei Entstehung der Kosten zu zahlen. Die Zahlung erfolgt damit in der Regel während und nicht nach der Leistungserbringung.

Eine Direktzahlung an den Anbieter ist nach Ansicht des Kreisausschusses erfolgsunabhängig. Rechtlich unbestimmt sind die Begriffe „angemessene Lernförderung und wesentliche Lernziele“. Bei der Bewilligung dieser Leistung nach § 28 (5) handelt es sich daher um eine Ermessensentscheidung im Einzelfall. Das Ermessen des Sachbearbeiters ist auszuüben und zu begründen. Gegen ablehnende Bescheide können die üblichen Rechtsmittel eingelegt werden.

A.: B I (Reg.-Nr. 13/4)

14. Frage der Abg. Katharina Schulze, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vom 09.06.2011

Rückwirkende Kürzung des Ausbildungsbudgets um 259.000 Euro für das Jahr 2011

Vorbemerkung: Das Hessische Sozialministerium hat im April 2011 die finanziellen Mittel des Ausbildungsbudgets rückwirkend für das Jahr 2011 um 7 Millionen Euro gekürzt. Die überbetrieblichen Ausbildungmaßnahmen im Landkreis Marburg-Biedenkopf werden deswegen 259.000 Euro weniger Fördergelder erhalten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Kreisausschuss um die Beantwortung der folgenden Frage:

Wie hoch ist der Bedarf an Ausbildungsstellen und Plätzen in der Ausbildungsvorbereitung im Landkreis Marburg-Biedenkopf und wie werden sich die Kürzungen kurz- und langfristig auswirken?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Die Kürzung betrifft nicht die Haushaltsmittel für das Jahr 2011, sondern nur die Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2012 – 2014. Das führt dazu, dass im Jahr 2011 weniger

Ausbildungsplätze eingerichtet werden können, da diese in den folgenden drei Jahren weiterfinanziert werden müssen.

Gegenüber der ursprünglichen Planung bedeutet dies eine Reduktion der kofinanzierten Ausbildungsplätze von 28 auf 20 und der berufsvorbereitenden Angebote von 22 auf 12. Die ursprünglich vorgesehene Platzzahl war der Situation auf dem Ausbildungsmarkt entsprechend und bedarfsgerecht.

A.: B I (Reg.-Nr. 14/4)

15. Frage der Abg. Katharina Schulze, Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.06.2011

Rückwirkende Kürzung des Ausbildungsbudgets um 259.000 Euro für das Jahr 2011

Vorbemerkung: Das Hessische Sozialministerium hat im April 2011 die finanziellen Mittel des Ausbildungsbudgets rückwirkend für das Jahr 2011 um 7 Millionen Euro gekürzt. Die überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen im Landkreis Marburg-Biedenkopf werden deswegen 259.000 Euro weniger Fördergelder erhalten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Kreisausschuss um die Beantwortung der folgenden Frage:
Wie beurteilt der Kreisausschuss diese rückwirkenden Kürzungen?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Der Kreisausschuss lehnt diese rückwirkenden Kürzungen ab, da ein höherer Bedarf an Ausbildungsplätzen und ausbildungsvorbereitenden Qualifizierungsmaßnahmen besteht. Aus den gekürzten Mitteln des Eingliederungstitels kann eine vollständige Kompensation nicht erfolgen.

Auch die Kurzfristigkeit, mit der die Kürzungsabsicht ausgesprochen wurde, ist abzulehnen. Denn zuvor gab es im Landkreis schon Abstimmungsgespräche unter den beteiligten regionalen Akteuren am Arbeits- und Ausbildungsmarkt, die auf anderer Faktenbasis geführt wurden.

A.: B I (Reg.-Nr. 15/4)

16. Frage der Abg. Dr. Ingeborg Cernaj, DIE LINKE, vom 06.06.2011

Besteht nach Erkenntnissen des Kreisausschusses im Landkreis gegenwärtig keine Gefahr mehr bezüglich erhöhter Dioxinbelastung in den Nahrungsmitteln?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Nach Kenntnisstand der amtlichen Lebensmittelüberwachung waren im LK Marburg-Biedenkopf weder der Lebensmittel- noch der Futtermittelhandel vom Dioxinskandal betroffen. Alle gegebenenfalls betroffenen Produkte wurden zurückgerufen bzw. vernichtet, bevor sie in den Handel gelangen konnten.

A.: LR (Reg.-Nr. 16/1.1)

17. Frage der Abg. Dr. Ingeborg Cernaj, DIE LINKE, vom 06.06.2011

Geht nach Erkenntnissen des Kreisausschusses der Verzehr von Eiern und Geflügel konventioneller Produktion (nicht „Bio“) nicht mehr mit dem Risiko erhöhter Dioxinbelastung einher?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Durch den Verzehr von konventionell erzeugten Lebensmitteln besteht kein erhöhtes Risiko einer Dioxinbelastung.

Monitoringuntersuchungen haben im Gegenteil ergeben, dass die Dioxinbelastung bei „Bio“-Eiern und „Bio“-Geflügel durch die Freilandhaltung unter Umständen höher sein kann als bei konventioneller Erzeugung.

A.: LR (Reg.-Nr. 17/1.1)

18. Frage des Abg. Bernd Hannemann, DIE LINKE, vom 09.06.2011

Teilt der Kreisausschuss die Auffassung von ver.di, dass bei der Einrichtung von Bürgerarbeitsplätzen, die rechtlich als 'reguläre Arbeitsverhältnisse' gelten, der Personal- und Betriebsrat hinsichtlich der Eingruppierung/Einstellung dieser Beschäftigten befragt werden muss und wird dies im Kreis so praktiziert?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Der Personalrat bei der Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf ist bei der Einrichtung und Besetzung von Bürgerarbeitsplätzen eingebunden.

A.: LR (Reg.-Nr. 18/1)

19. Frage des Abg. Bernd Hannemann, DIE LINKE, vom 09.06.2011

Teilt der Kreisausschuss die Auffassung von ver.di, dass die Bürgerarbeit nicht vom Geltungsbereich des TVöD ausgenommen ist und welche Konsequenzen hat dies auf die eingerichteten und vorgesehenen Bürgerarbeitsplätze im Landkreis?

Es antwortet Herr Landrat Fischbach:

Der Kreisausschuss schließt sich den im Leitfaden vom 19.04.2011 gemachten Ausführungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales an. Danach findet der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) keine Anwendung bei Beschäftigten, die Arbeiten nach den §§ 260 ff. SGB III verrichten. Nach der Auslegung des Bundesministeriums des Innern gilt diese sogenannte „Öffnungsklausel“ auch für Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des Modellprojekts „Bürgerarbeit“. A.: LR (Reg.-Nr. 19/1)

20. Frage des Abg. Adnan Yildirim, DIE LINKE, vom 09.06.2011

Wie viele Eltern im Landkreis haben bisher Leistungen aus dem Teilhabe- und Bildungspaket für ihre Kinder beantragt?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Es wird die Anzahl der gestellten Anträge (ein Antrag pro Kind) statistisch erfasst und nicht die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Bis zum 31.05.2011 lagen folgende Antragsstellungen vor:

Rechtskreis SGB II (für alle Regionalstandorte) 582

Rechtskreis SGB XII 18

Berechtigte nach BKGG (KiZ und Wohngeld) 166*

* die Anträge der Familienkasse Wiesbaden (KiZ) liegen noch nicht vor

Aktuelle Informationen und Zahlen zum Umsetzungsstand im Landkreis Marburg-Biedenkopf sind unter „Umsetzungsstand“ auf den Seiten des Landkreises zum Thema „Bildungs- und Teilhabepaket“ veröffentlicht.

A.: B I (Reg.-Nr. 20/4)

21. Frage des Abg. Adnan Yildirim, DIE LINKE, vom 09.06.2011

Wurden Vereine, Kultur- und Bildungseinrichtungen über die geplanten Gutscheine im Bereich der außerschulischen Bildung u. a. in den Bereichen Sport, Kunst, Musik und Bildung informiert?

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Es sind keine Gutscheine im Bereich des §28 (7) „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben“ geplant, sondern es findet eine Direktzahlung an den Anbieter von Leistungen statt, sobald ein Leistungsberechtigter entscheidet, das er/sie für sein/ihr Kind dieses Angebot in Anspruch nehmen möchte. Die „Gutscheinlösung“ vereinfacht zwar das Abrechnungsverfahren, erhöht jedoch auch die Stigmatisierung der Betroffenen.

Informiert wurden bisher der Sportkreis Marburg / Biedenkopf, das Büro für Integration (welches für die Weitergabe der Informationen an multikulturelle Vereine sorgt), die Liga der paritätischen Wohlfahrtsverbände, die Gemeinden und Schulen des Landkreises. Zusätzlich findet am 20. Juni eine

Informationsveranstaltung mit zahlreichen Vertretern von sozialen Einrichtungen statt. Hier hat in Absprache mit der Kreisverwaltung der Liga-Verband eingeladen und ist beteiligt. Zahlreiche Vereine und Anbieter nutzen die telefonische Beratung zum Bildungs- und Teilhabepaket für Informationen im Allgemeinen und konkreten Einzelfällen.

A.: B I (Reg.-Nr. 21/4)

22. Frage der Abg. Anna Hofmann, DIE LINKE, vom 09.06.2011

Wo können Mittel aus dem Teil- und Bildungspaket beantragt werden? (Ist nur das KJC verantwortlich oder kann man auch auf dem Sozial- oder Jugendamt diese Mittel beantragen?)

Es antwortet Herr Erster Kreisbeigeordneter Dr. McGovern:

Grundsätzlich können Anträge auf Bildung und Teilhabe in allen beteiligten Fachdiensten der Kreisverwaltung abgegeben/beantragt werden. Bis auf die Anträge der Leistungsberechtigten des SGB XII werden allerdings alle Anträge zentral im KreisJobCenter bearbeitet. Also auch für Wohngeld- und Kinderzuschlagsberechtigte.

A.: B I (Reg.-Nr. 22/4)

TOP 2: Aktuelle Stunde gemäß § 15 der Geschäftsordnung

entfällt

TOP 3: Übersendung von Ergebnisniederschriften der Sitzungen des Kreisausschusses an den Vorsitzenden des Kreistages und die Vorsitzenden der Fraktionen gemäß § 29 Abs. 2 HKO

Die ausführlich begründete Vorlage ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Der Vorsitzende verweist daher auf die Vorlage. Da eine Aussprache aus den Reihen des Kreistages nicht gewünscht wird, lässt der Kreistagsvorsitzende Ruffert über die Vorlage abstimmen

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gemäß § 29 Abs. 2 HKO beauftragt, Ergebnisniederschriften der Sitzungen des Kreisausschusses an den Vorsitzenden des Kreistages und die Vorsitzenden der Fraktionen zu übersenden.

Abstimmung: Einstimmig

TOP 4: Wahl der ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten

TOP 5: Bildung der Regionalversammlung für die Planungsregion Mittelhessen beim Regierungspräsidium Gießen; Wahl der durch den Landkreis Marburg-Biedenkopf in die Planungsversammlung zu entsendenden Mitglieder und Stellvertreter

TOP 6: Neuwahl von Mitgliedern für den Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf

TOP 7: Wahl der Vertreter und der Ersatzleute für die Verbandsversammlung des Wasser- verbandes "Oberes Lahngebiet"

Vom Kreistagsvorsitzenden Ruffert werden alle nach dem Verhältniswahlrecht durchzuführenden Wahlen zu den Tagesordnungspunkten 4-7 gemeinsam aufgerufen. Er weist noch einmal auf die eingegangenen Wahlvorschläge der Fraktionen hin, die allen Abgeordneten schriftlich vorliegen und auf das zu Beginn der Sitzung beschlossene Wahlverfahren.

Der Kreistagvorsitzende erläutert die farblich unterschiedlichen Stimmzettel und den Ablauf der Wahlhandlung. Im Anschluss daran werden die Mitglieder des Wahlausschusses zusammengerufen und nehmen Wählerliste und Stimmzettel in Empfang.

Anschließend werden die Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen zur geheimen Stimmabgabe. Nach der Stimmabgabe wird die Sitzung um 10.50 Uhr unterbrochen und nach der Auszählung der Stimmen um 11.25 Uhr fortgesetzt.

Der Kreistagsvorsitzende gibt die Ergebnisse wie folgt bekannt:

TOP 4: Wahl der ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten

Feststellung des Wahlergebnisses:

Wahlberechtigte Abgeordnete:	81
Abgegebene Stimmen:	81
Gültige Stimmen:	80
Ungültige Stimmen:	1
Für den Wahlvorschlag 1 (SPD) haben gestimmt:	30
Für den Wahlvorschlag 2 (CDU; B90/DIE GRÜNEN, FW) haben gestimmt:	43
Für den Wahlvorschlag 3 (DIE LINKE) haben gestimmt:	4
Für den Wahlvorschlag 4 (FDP) haben gestimmt:	3

Der Vorsitzende stellt fest, dass folgende Personen damit zu ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten des Landkreises Marburg-Biedenkopf für die Dauer des am 27.03.2011 gewählten Kreistages gewählt sind:

1. Ingrid Balzer
2. Armin Becker
3. Heinz Wilhelm Wasmuth
4. Manfred Hoim
5. Volker Drothler
6. Helmut Wege
7. Margrit Kahler-Görg
8. Heinrich Trümner
9. Klaus Weber
10. Sigrid Waldheim
11. Heidrun Opländer
12. Bernd Klingelhöfer
13. Angelika Löber
14. Thorben Peters

Auf Befragen des Vorsitzenden nehmen die Gewählten die Wahl an. Die Einführung und Verpflichtung der ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten erfolgt unter TOP 14.

**TOP 5: Bildung der Regionalversammlung für die Planungsregion Mittelhessen beim Regierungspräsidium Gießen;
Wahl der durch den Landkreis Marburg-Biedenkopf in die Planungsversammlung zu entsendenden Mitglieder und Stellvertreter**

Feststellung des Wahlergebnisses – Mitglieder -:

Wahlberechtigte Abgeordnete:	81
Abgegebene Stimmen:	81

Gültige Stimmen:	77
Ungültige Stimmen:	4

Für den Wahlvorschlag 1 (SPD) haben gestimmt:	34
Für den Wahlvorschlag 2 (CDU, B90/DIE GRÜNEN, FW) haben gestimmt:	43

Der Vorsitzende stellt fest, dass folgende Personen damit zu Mitgliedern der Regionalversammlung für die Planungsregion Mittelhessen beim Regierungspräsidium Gießen gewählt sind:

1. Robert Fischbach
2. Dr. Karsten McGovern
3. Werner Waßmuth
4. Bernd Schmidt
5. Werner Hesse
6. Klaus Weber

Auf Befragen des Vorsitzenden nehmen die Gewählten die Wahl an.

Feststellung des Wahlergebnisses - Stellvertreter/innen -:

Wahlberechtigte Abgeordnete:	81
Abgegebene Stimmen:	81
Gültige Stimmen:	77
Ungültige Stimmen:	4

Für den Wahlvorschlag 1 (SPD) haben gestimmt:	34
Für den Wahlvorschlag 2 (CDU, B90/DIE GRÜNEN, FW) haben gestimmt:	43

Der Vorsitzende stellt fest, dass folgenden Personen damit zu stellvertretenden Mitgliedern der Regionalversammlung für die Planungsregion Mittelhessen beim Regierungspräsidium Gießen gewählt sind:

1. Manfred Vollmer
2. Tomas Schneider
3. Manfred Hoim
4. Jürgen Reitz
5. Inge Dörr
6. Monika Weigel

Auf Befragen des Vorsitzenden nehmen die Gewählten die Wahl an.

TOP 6: Neuwahl von Mitgliedern für den Verwaltungsrat der Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Feststellung des Wahlergebnisses:

Wahlberechtigte Abgeordnete:	81
Abgegebene Stimmen:	81
Gültige Stimmen:	77
Ungültige Stimmen:	4

Für den Wahlvorschlag 1 (SPD) haben gestimmt:	35
Für den Wahlvorschlag 2 (CDU, B90/DIE GRÜNEN, FW) haben gestimmt:	42

Der Vorsitzende stellt fest, dass folgende Personen damit zu Mitgliedern des Verwaltungsrates der Sparkasse Marburg-Biedenkopf gewählt sind:

1. Manfred Vollmer
2. Sandra Laaz
3. Willi Schmidt
4. Manfred Roth
5. Klaus Hesse
6. Norbert Schüren

Auf Befragen des Vorsitzenden nehmen die Gewählten die Wahl an.

TOP 7: Wahl der Vertreter und der Ersatzleute für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Oberes Lahngebiet"

Feststellung des Wahlergebnisses – Mitglieder -:

Wahlberechtigte Abgeordnete:	81
Abgegebene Stimmen:	81
Gültige Stimmen:	77
Ungültige Stimmen:	4
Für den Wahlvorschlag 1 (SPD) haben gestimmt:	34
Für den Wahlvorschlag 2 (CDU; B90/DIE GRÜNEN, FW) haben gestimmt:	43

Der Vorsitzende stellt fest, dass folgende Personen damit zu Mitgliedern der Verbandsversammlung des Wasserverbandes „Oberes Lahngebiet“ gewählt sind:

1. Karin Lölkes
2. Volker Drotbler
3. Michael Meinel
4. Monika Weigel
5. Joachim Thiemig

Auf Befragen des Vorsitzenden nehmen die Gewählten die Wahl an.

Feststellung des Wahlergebnisses - Stellvertreter/innen -:

Wahlberechtigte Abgeordnete:	81
Abgegebene Stimmen:	81
Gültige Stimmen:	77
Ungültige Stimmen:	4
Für den Wahlvorschlag 1 (SPD) haben gestimmt:	35
Für den Wahlvorschlag 2 (CDU, B90/DIE GRÜNEN, FW) haben gestimmt:	42

Der Vorsitzende stellt fest, dass folgende Personen damit zu stellvertretenden Mitgliedern der Verbandsversammlung des Wasserverbandes „Oberes Lahngebiet“ gewählt sind:

1. Armin Reichel
2. Gerhard Teutsch
3. Sandra Laaz
4. Joachim Ciliox
5. Silvia Demper

Auf Befragen des Vorsitzenden nehmen die Gewählten die Wahl an.

Vor Aufruf der Tagesordnungspunkte 8 und 9 spricht sich der Kreistag auf Vorschlag des Kreistagsvorsitzenden einstimmig dafür aus, anstelle der geheimen Wahl mittels offener Wahl durch Handaufheben abzustimmen. Er weist auf die allen Abgeordneten schriftlich vorliegenden Wahlvorschläge hin. Danach sind jeweils für die zu wählenden Mitglieder zu TOP 8 und 9 ein Wahlvorschlag der SPD-Fraktion und ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER eingegangen.

Für die zu wählenden Stellvertreter liegt nur **ein** gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER vor.

Weitere Wahlvorschläge werden auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden nicht eingebracht.

TOP 8: Wahl eines Mitgliedes und einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke

Wahl des Mitgliedes:

Der Kreistagsvorsitzende stellt den vorliegenden Wahlvorschlag 1 der SPD-Fraktion und den gemeinsamen Wahlvorschlag 2 der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER nacheinander zur Abstimmung.

Nach Durchführung der offenen Wahl durch Handaufheben stellt der Kreistagsvorsitzende fest, dass der gemeinsame Wahlvorschlag 2 der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER mehr als die Hälfte der gültigen abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Somit ist Herr Tomas Schneider (GRÜNE) als Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke gewählt.

Auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden nimmt der Gewählte die Wahl an.

Wahl des Stellvertreters/in:

Nach Durchführung der offenen Wahl durch Handaufheben stellt der Kreistagsvorsitzende fest, dass der vorliegende gemeinsame Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER mehr als die Hälfte der gültigen abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Somit ist Frau Karin Lölkes (CDU) als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke gewählt.

Auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden nimmt die Gewählte die Wahl an.

TOP 9: Wahl eines Mitgliedes und einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Regionalen Nahverkehrsverbandes (RNV) Marburg-Biedenkopf

Wahl des Mitgliedes:

Der Kreistagsvorsitzende stellt den vorliegenden Wahlvorschlag 1 der SPD-Fraktion und den gemeinsamen Wahlvorschlag 2 der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER nacheinander zur Abstimmung.

Nach Durchführung der offenen Wahl durch Handaufheben stellt der Kreistagsvorsitzende fest, dass der gemeinsame Wahlvorschlag 2 der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER mehr als die Hälfte der gültigen abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Somit ist Herr Manfred Hoim (CDU) als Mitglied in die Verbandsversammlung des Regionalen Nahverkehrsverbandes (RNV) Marburg-Biedenkopf gewählt.

Auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden nimmt der Gewählte die Wahl an.

Wahl des Stellvertreters/in:

Nach Durchführung der offenen Wahl durch Handaufheben stellt der Kreistagsvorsitzende fest, dass der vorliegende gemeinsame Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER mehr als die Hälfte der gültigen abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Somit ist Herr Patrick Voyé (GRÜNE) als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Regionalen Nahverkehrsverbandes (RNV) Marburg-Biedenkopf gewählt.

Auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden nimmt der Gewählte die Wahl an.

**TOP 10: Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen/Richter beim Hessischen Verwaltungsgericht in Gießen;
Aufstellung der Vorschlagsliste für den Landkreis Marburg-Biedenkopf**

Der Kreistagsvorsitzende weist daraufhin, dass der Kreistag lediglich die Feststellung einer gemeinsamen Vorschlagsliste beschließen muss. Für die Aufstellung der Vorschlagsliste ist der § 55 HGO nicht anzuwenden.

Eine gemeinsame Vorschlagsliste der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und FDP liegt auf allen Abgeordnetenplätzen aus.

Nachdem eine weitere Aussprache aus den Reihen des Kreistages hierzu nicht gewünscht wird, lässt Herr Ruffert über die gemeinsame Vorschlagsliste abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag wählt aufgrund der §§ 19 - 33 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der derzeit gültigen Fassung folgende **17 Personen**

1. Werner Waßmuth
2. Erika Nies
3. Karin Lölkes
4. Juliane Metzger
5. Karl Krantz
6. Claus Lixfeld
7. Armin Reichel
8. Hasan Yücsel
9. Doris Gillmann
10. Elisabeth Dörr
11. Werner Hesse
12. Hildegard Krähling
13. Lothar Mücke
14. Karin Szeder
15. Roland Petri
16. Elisabeth Newton
17. Inge Dörr

gemäß § 28 VwGO in die Vorschlagsliste des Landkreises Marburg-Biedenkopf für ehrenamtliche Richterinnen /Richter beim Hessischen Verwaltungsgericht in Gießen für die fünfjährige Wahlzeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2016.

Abstimmung: Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE, des Abg. der REPUBLIKANER und des Abg. PIRATENPARTEI, sowie Zustimmung aller übrigen Fraktionen mehrheitlich beschlossen.

TOP 11: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Regionale Planung zur Errichtung von Biogasanlagen im Landkreis Marburg-Biedenkopf"

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Ein gemeinsamer Alternativantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER liegt ebenfalls auf allen Abgeordnetenplätzen aus.

Die Empfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Umwelt liegen ebenso vor.

Der Kreistagsvorsitzende Ruffert eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Frau Abg. Dr. Cernaij, DIE LINKE
Herr Abg. Meinel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Abg. Richter-Plettenberg, SPD
Herr Abg. Behlen, FDP
Frau Abg. Hofmann, DIE LINKE
Herr Abg. Fricke, PIRATENPARTEI

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende nacheinander über den Ursprungsantrag und den Alternativantrag abstimmen.

Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der PIRATENPARTEI.

Abstimmung über den gemeinsamen Alternativantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER:

Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER, sowie des Abgeordneten der Partei DIE REPUBLIKANER.

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt einen Bericht zu erstellen über:

- den derzeitigen Sachstand der Aktivitäten im Bereich der Biogasnutzung im Landkreis Marburg-Biedenkopf,
- den Einsatz und die Quellen der eingesetzten Biomasse und der Potentiale in der Region,
- seine Aktivitäten und die Handlungsmöglichkeiten des Landkreises zur Förderung von Biogasanlagen,
- die Steuerungsmöglichkeiten des Landkreises im Hinblick auf den Einsatz von Energiepflanzen oder biologischen Abfällen, die eingesetzte Technik sowie die Nutzung von KWK oder Einspeisung und
- die bisherige Arbeit des Arbeitskreises Bioenergiedörfer.
- Der Bericht wird dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Landwirtschaft und Umwelt zu seiner nächsten Sitzung vorgelegt.

TOP 12: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Beabsichtigte Schließung des staatlichen Schulamtes und Studienseminars in Marburg"

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist allen Abgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugegangen.

Ein Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER liegt auf allen Abgeordnetenplätzen aus.

Die Empfehlung des Schul- und Kulturausschusses liegt vor.

Der Kreistagsvorsitzende eröffnet die Aussprache. Es beteiligen sich mit Redebeiträgen:

Herr Abg. Yildirim, DIE LINKE
Herr Abg. Dr. Wagner, CDU
Herr Abg. Ciliox, SPD
Herr Abg. Behlen, FDP
Frau Abg. Matzen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über den Änderungsantrag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Kreistag begrüßt, dass der Kreisausschuss sich frühzeitig an das Hessische Kultusministerium gewandt hat, um auf die Notwendigkeit des Erhalts des staatlichen Schulamtes in Marburg und des Marburger Studienseminars hinzuweisen.
2. Der Kreistag unterstützt die Position des Hessischen Landkreistages zur Teilkommunalisierung der staatlichen Schulämter.
3. Der Kreistag begrüßt die gestern in der Presse durch die CDU- und FDP-Landtagsfraktion erfolgte Klarstellung, wonach es zu keiner Schließung des Staatlichen Schulamtes und des Studiensemars in Marburg kommt.

Abstimmung: Bei Gegenstimmen durch die Fraktion DIE LINKE und des Abg. der PIRATEN-PARTEI und Zustimmung aller übrigen Fraktionen sowie des Abg. der Partei DIE REPUBLIKANER angenommen.

TOP 13: Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hessischer Kreistagsabgeordneter im Landkreis Marburg-Biedenkopf"

Dieser TOP wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt und zur Beratung in den Ältestenrat verwiesen.

TOP 14: Einführung und Verpflichtung der ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten

Herr Ruffert weist darauf hin, dass gem. § 40 HKO der Landrat und die Kreisbeigeordneten spätestens 6 Monate nach ihrer Wahl von dem Vorsitzenden des Kreistages in öffentlicher Sitzung in ihr Amt eingeführt und durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet werden. Er führt weiter aus, dass die Amtszeit der ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten mit dem Tage der Aushändigung der Urkunde über die Berufung in ihr Amt oder mit dem in der Urkunde genannten späteren Zeitpunkt beginnt. Er dankt den ausscheidenden Kreisausschussmitgliedern für ihre Tätigkeit.

Der Kreistagsvorsitzende weist ferner darauf hin, dass die neu gewählten Kreisbeigeordneten, die den Diensteid nach § 72 des Hessischen Beamten gesetztes noch nicht abgelegt haben, durch ihn zu vereidigen sind.

Er bittet die neu gewählten Mitglieder des Kreisausschusses nach vorne zu kommen. Danach führt er die gewählten Kreisbeigeordneten in ihr Amt ein und verpflichtet sie durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben.

Die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten

Margrit Kahler-Görg
Thorben Peters

leisten vor dem Kreistagsvorsitzenden Ruffert den Diensteid nach § 72 HBG. Bei allen übrigen ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten ist eine erneute Vereidigung nicht erforderlich.

Im Anschluss daran händigt Herr Landrat Fischbach die Ernennungsurkunden an die unter TOP 4 gewählten Kreisbeigeordneten aus.

TOP 15: Kenntnisnahmen

- Kenntnisnahme der Haushaltsbegleitverfügung und Genehmigung zur Haushaltssatzung 2011 des Landkreises Marburg-Biedenkopf**

Der Kreistag nimmt Kenntnis von der Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen vom 13.04.2011 zum Haushaltsplan 2011 und der gleichzeitig erteilten Genehmigung zur Haushaltssatzung 2011.

Vor Aufruf des TOP 16 wird die zu Beginn der Sitzung eingereichte Frage aus aktuellem Anlass des Abg. Werner Hesse (SPD) vom Landrat beantwortet.

Die Frage lautet:

„Wann und wie wird der Kreisausschuss sicherstellen, dass bei Ausschusssitzungen im Gefahrenabwehrzentrum die Gremienmitglieder auch in der Lage sind den Sitzungsraum zu erreichen?“

Antwort:

„Der Kreisausschuss hat durch Anpassung der Zutrittskontrolle ab sofort sichergestellt, dass der Zugang zum Gefahrenabwehrzentrum vor und während der dort stattfindenden Sitzungen geöffnet ist.“

TOP 16: Verschiedenes

- Der Kreistagsvorsitzende schlägt vor, im Anschluss an die Sommerferien eine Sondersitzung des Ältestenrates anzuberaumen, da es grundsätzlichen Beratungsbedarf über Themen wie Überarbeitung der GO, Sitzordnung Kreistag, u. a. gibt.
- Der Kreistagsvorsitzende berichtet über ein Seminar der hessischen Kreistagsvorsitzenden.

Hierbei wurde u. a. auch die Novellierung der HGO besprochen. Eine Stellungnahme des Hessischen Landkreistages wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Kreistagsvorsitzende bedankt sich bei allen Abgeordneten und den Mitarbeitern der Verwaltung.

Er weist auf die nächste Sitzung des Kreistages am

23.09.2011, 9.00 Uhr
hin.

Die Sitzung wird um 13.05 Uhr geschlossen.

Der Vorsitzende:
gez. Detlef Ruffert

Der Schriftführer:
gez. Andreas Stellner

Für die Fraktionen: